

Das Komitee für ein selbstständiges Baselbiet will mit Basel-Stadt zusammenarbeiten – fusionieren aber nicht Gönnen wir uns unsere Eigenarten

Von Hans A. Jenny



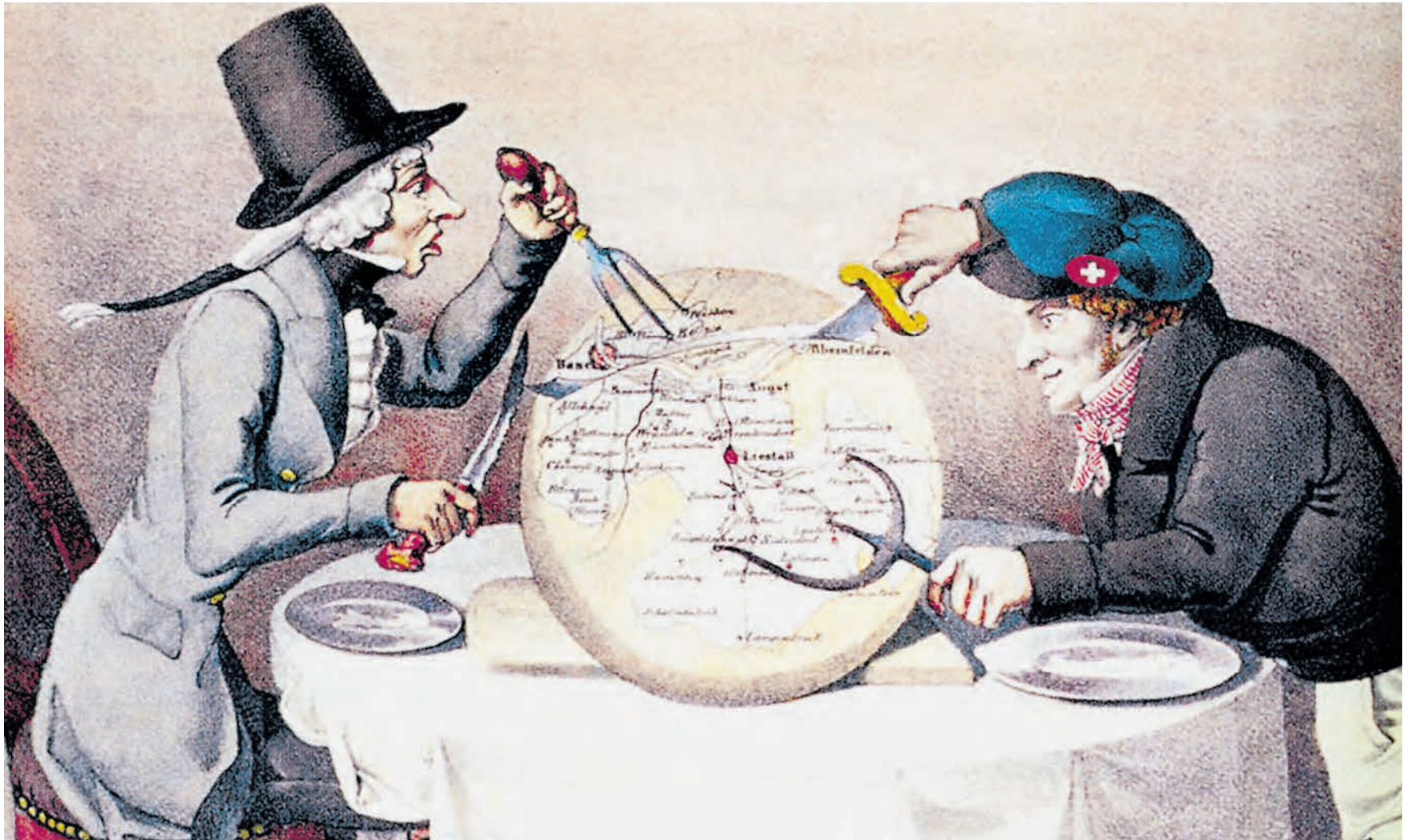
Fusion, Annexion, Kantonsvergrößerung – darüber wird diskutiert, seit Unterschriften für eine Basler Wiedervereinigungs-Initiative gesammelt werden. Mächtiger,

stärker, schneller und billiger soll der unierte Kanton werden und allenthalben nur Vorteile bringen. Aber schon Johann Peter Hebel hat seinerzeit den Bewunderern eines vergrösserten Gemeinwesens warnend zugerufen: «Wers glaubt, zahlt einen Taler!» Alles, was sich erweitert und fusioniert, wird von politischen Titanwurz-Fans beklatscht – der bittere Nachgeschmack kommt erst später, wenn die Basel-Städter merken, dass die Rationalisierungsversprechen der Fusionierer Schaumschlägerei sind und dass ein zusammengebastelter Kanton Basel nicht billiger, sondern teurer wird. Dann dürften auch sie schnell ans eigene Steuerportemonnaie denken. Heute gilt doch nach den Milliardenpleiten der EU eher wieder der Slogan «small is beautiful». Kleinere «basisdemokratische» Strukturen sind nämlich leichter regierbar, ökonomisch und ökologisch besser steuerbar. Die neuesten präsidialen Grossraum-Träume dürften da sogar im Stadtkanton – und besonders in den Basler Landgemeinden – auf Skepsis stossen.

Heimat liegt im Herzen

Es gibt Fusionsfreunde, die Alter und Herkunft, Rang und Namen, Beruf und persönliche Situation ihrer Gegner bemängeln und ungeniert auf den Mann oder die Frau schiessen, sobald sie Opposition wittern. Halten wir fest: In unserer demokratischen Schweiz ist jedermann befugt, seine Meinung kundzutun. Dafür braucht es keine Zutrittskriterien. Wer ist denn eigentlich ein urechter posamentener Baselbieter? Wer ein seit Generationen im Seidenband gefärbter Stadtbasler? Gibt es das überhaupt? Was zählt da mehr – ein Hüftenschanz-Mitstreiter-Urenkel auf der rot-weissen oder ein Berufsbasler aus dem Hugenotten-«Daig» auf der schwarz-weissen Seite? Die genealogisch-demografischen Tüfteleien und das gegenseitige Aufrechnen von bodenständigen Liestaler- beziehungsweise Dalbe-Deszendenz sind doch müssig. Wir alle sind gemischt. Durcheinandergewirbelt. «Rassenreine» Familiengeschichten gibt es keine. Schon Römer und Alemannen haben da für regionale Vielfalt gesorgt. Aber eine Heimat haben wir auch ohne lupenreinen Stammbaum. Wo sie wohl liegt? In der Brieftasche, im Parteibuch oder im Aktienportefeuille gewiss nicht. Sicher aber in unseren Herzen! Dort, wo wir Freunde und Verständnis finden, wo wir uns geborgen und geschätzt fühlen, dort ist unsere Heimat. Dazu gehört auch die geistig-moralische Verbundenheit. «Dem Land die Treue halten», heisst es in einem Tiroler Lied. Oder: «Drum hei mir au kei Land so lieb, wie euses Baselbiet!» Und sicher auch «Z Basel an mym Rhy».

Nur auf Rendite und Rationalisierung erpichte Erneuerer mögen das altmodisch finden; wir sehen darin ein ewig aktuelles, zeitloses, sicheres und gutes Gefühl. Genauso wie Basler und Baslerinnen zu Recht auf ihre Geschichte und Traditionen stolz sind, genauso stark ist auch die Herzensbindung der Landschäftler zu ihrem eigenständigen Kanton, zu ihren Dörfern, ihrer Heimat. Gönnen wir uns doch gegenseitig unsere Eigenarten und bleiben wir bei der bewährten oberrheinischen Kollegialität. Die Stadt soll auf territoriale Ansprüche verzichten und nicht auf Kosten des Landvolks expandieren! Baselland ist ein in 180 Jahren natürlich gewachsener, trotz allen Problemen gesunder und souveräner Kanton, ein bewährter und treuer Stand unserer Schweiz. Genau wie das mit Recht berühmte, seit 512 Jahren mit der Eidgenossenschaft verbundene Basel.



«Man stochert im Nebel der Hypothesen.» Für Hans A. Jenny ist es alles andere als klar, dass mit einer Wiedervereinigung alles besser und billiger wird.

Schon immer sind die zwischen diesen Staatswesen logischerweise vorhandenen Unstimmigkeiten in gutem Einvernehmen gelöst worden. Das ist selbstverständlich. Diese «bilateralen» freundschaftlichen Beziehungen können und sollen zum Vorteil beider Kantone noch intensiviert werden. Das muss fair und offen geschehen. Der wirtschaftlich Kleinere darf nicht das Gefühl haben, dass man ihn nur als Zahlvati über den Tisch ziehen will. Das freie Baselbiet will keine Kolonialherrschaft – wir sind kein Untertanengebiet mehr, das man mit einem halben Stimmrecht abspenken kann. Unter Freunden ist Vertrauen eigentlich selbstverständlich. Basel ist, ich betone das gerne noch einmal, eine wunderschöne, traditionsstarke und fortschrittliche Stadt. Doch wo immer das Baselbiet an gemeinsamen Lasten mittragen soll, da ist logischerweise auch eine demokratische Mitbestimmung selbstverständlich.

Wer mitbezahlt, darf in allen Belangen auch voll und ganz mitreden. Das gilt heute besonders für das viel zu lange und zu kostenintensiv von profilierungssüchtigen Dramaturgen in die Publikumspleite geführte, freudlos gewordene Basler Stadttheater. Die BaZ vom 13. Februar 2013 hat da in Sachen «Zentrumskultur» erschreckende Ziffern veröffentlicht: Runde neun Millionen zahlt Baselland Jahr für Jahr nach Basel. Doch nur knappe zwei Millionen bleiben im Landkanton, weil sich angeblich zu wenig Baselbieter Künstler in Liestal melden, um Subventionen für eigene Projekte zu erhalten. Das Verhältnis von neun zu zwei ist erstaunlich. Das Baselbiet sei eben eine kulturelle Wüste und nur in der Stadt gedeihe «grosse» Kultur – heisst es «höherenorts». Da kann schnell geholfen werden: Inskünftig werden sich gewiss Baselbieter Kulturschaffende aller Sparten, Musik- und Literaturvereine, Maler und Bildhauerinnen, Turner- und Trachtengruppen, Dorftheater-, Tanz- und Ländlerfreunde in Liestal melden und Eingaben zur finanziellen Unterstützung ihrer Projekte stellen. Sorgen wir dafür, dass unsere Kulturbeamten in der Residenz, die doch so eine offene Hand für Basel haben, nie mehr Anlass finden, über mangelnde Gesuche «us eigenem Bode» zu klagen. Sicher werden sie gerne mindestens die Hälfte des Land-Kultur-Etats pflichtgetreu jenem Kanton zuweisen, der ihnen Arbeit und Verdienst ermöglicht.

Davon abgesehen hat sich jedoch die auf gegenseitigem Respekt beruhende Zusammenarbeit zwischen den erfolg-

reichen Grenzkantonen seit Jahrzehnten bewährt. Beide «Kontrahenten» sind ja daran interessiert, die längst fällige Aufwertung zu zwei Vollkantonen zu realisieren. Kaum Sinn jedoch macht es, eine neue, eine unnötige Heirat anzustreben. Die beiden Brüder – oder Schwestern – sind zu verschieden in Mentalität und Struktur, in Willen und Können, im Denken und Fühlen. Eine zweite Ehe wäre pure Zwängerei. Sie ist schon in den 60er-Jahren gescheitert. Wer das ändern will, muss beweisen, dass etwas Neues besser sein wird als das Bisherige.

Genau da stehen die Befürworter einer Kantonsfusion in der Pflicht, Kosten, Dauer, Risiken und Folgen einer Wiedervereinigung möglichst verbindlich zu deklarieren. Die Allbasler Unitarier konnten bis heute jedoch keine verlässlichen Zahlen und Termine vorlegen. Man stochert im Nebel der Hypothesen, Einschätzungen, Hochrechnungen und Risikokalkulationen. Es genügt jedoch keineswegs, ganz allgemein zu erklären, dass nach einem baslerischen Schulterschluss alles besser und billiger wird. Das Stimmvolk beider Kantone darf erwarten, dass ihnen kein schwarz-weisses X für ein fusioniertes U vorgegaukelt wird.

Reden wir zuerst einmal von der Dauer des Prozederes: Unsere Gegner behaupten, dass eine gemeinsame Verwaltung schlanker und günstiger sein soll. Gewiss werden sich Hunderte von Beamten, denen durch die Fusionsguillotine die Wegrationalisierung ihrer Stellen droht, zur Wehr setzen. Jedes Departement – hüben und drüben – wird in vielen gut honorierten Sitzungen ausdiskutieren müssen, wer über die Klinge springen muss und wer bleiben darf. Logischerweise sind da mehr Städte betroffen – das Beamtenverhältnis sieht nämlich mit etwa 22 000 üppigen Basler Beamtenstellen zu ungefähr 12 000 Baselbietern in Amtsstuben sehr einseitig aus.

Wer räumt seinen Stuhl freiwillig?

Auch in Sachen Finanzen sind wir grundverschieden: 4,7 gegen 2,7 Milliarden bei den Budgets – die Stadt hat 3,5 Milliarden Schulden, das Baselbiet 0,9 Milliarden. Verfassungsrechtler und Personalvertreter, Parteien, Medien, Parlamentarier, Beamte, Alt-Behörden und auf neue Pfründen spekulierende gesamtbaslerische Gremien werden sich – immer und immer wieder – zusammensetzen müssen, weil wohl niemand darauf erpicht ist, seinen Stuhl freiwillig zu räumen. Mit ihrem eigenen Gewissen sollten es auch zukünftige Regierungs- und Land-

räte bereinigen, ob sie bei ihrem Amtsantritt in Liestal das Treuegelübde zum Kanton Baselland ehrlich leisten können oder ob sie diesen Schwur als lästige Lappalie betrachten. Es bleibt offen, ob Baselbieter Amtsträger mit ihrem Beitritt zur «Fusionsliga» eventuell sogar eidbrüchig werden. Auch da stellt sich die heikle Ermessensfrage: Darf ich von einem Kanton, den ich à tout prix ablehne und auflösen will, überhaupt ein Salär oder eine Pension beziehen? Fusionisten behaupten, dass ein neuer, vereinigter Kanton in wenigen Jahren realisiert sein wird und dass auch die unerlässliche Zustimmung der Eidgenossenschaft eine reine Formsache wäre. Beweisen können sie diese Behauptung nicht. Wir Baselbieter Heimatfreunde und kostenbewusste Basel-Städter kalkulieren da realistisch mit zehn bis zwanzig Jahren. Eines aber ist sicher: Während einer solchen interimistischen Zwischenphase von der sukzessiven Auflösung beider bisherigen Kantonsteile bis

Eine zweite Ehe wäre pure Zwängerei. Sie ist schon in den 60er-Jahren gescheitert.

zur definitiven Neuformierung eines Kantons Basel wird es allenthalben Unsicherheiten, Konfusion und Justiz-Querelen geben.

Zur Vision «Greater Basel» muss aber vor allem eine harte, eine glaubwürdige Kosten-Nutzen-Rechnung gestellt werden. Darüber sollten wir schon Klartext reden: Wie viele Millionen Franken kostet die angestrebte totale Neuordnung die Basler und die Baselbieter? Sicher werden die Steuerzahler beider Kantone für alle Fusionsspesen paritätisch zur Kasse gebeten werden und es bleibt fraglich, ob der kostenintensive Spass ohne markante Steuererhöhungen machbar ist.

Was berechnen die Advokaten und Staatsrechtler für die komplexe Bastelarbeit einer neuen Verfassung und die Anpassungen, Modifikationen und Verschmelzungen zweier grundverschieden strukturierter Kantonsverwaltungen? Wer nennt die Honorare der Verfassungsräte? Und – bitte möglichst verbindlich: Wie viel «Amtsspesen» könnten im unierten Gesamtkanton eingespart werden? Oder rechnet man mit einem Nullsummenspiel? Wer garantiert den Bürgern zu Stadt und Land, dass sie nachher nicht noch stärker gemolken werden? Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass in

diesem Beitrag keine einzige Person angegriffen, kein Lebenslauf durchleuchtet, niemandem eine Qualifikation zur Meinungsbildung abgesprochen und keine vermeintlichen oder tatsächlichen menschlichen Mängel unserer Gegner aufgezählt werden. Gut so.

Man kann doch in besten Treuen für oder gegen eine Wiedervereinigung sein, ohne sich wechselseitig zu beleidigen. Die Ära der Schlammschlachten und der persönlichen Miesmacherei sollte endgültig vorbei sein. Wir alle werden uns ja entweder als einverlebte Ex-Baselbieter oder bei gleichbleibender beidseitiger Souveränität beim Status quo wieder brüderlich zusammenfinden müssen, dürfen, sollen und können. Das ist Demokratie.

Aus Visionen werden Illusionen

Über die Probleme einer Zwangsehe beider Basel wollen wir trotzdem nicht hinwegsehen: Die Fusionierer schwärmen vom Aufbruch des (T)Raumschiffs «Enterprise Basilea» in die unendlichen Weiten einer rosaroten Gross-Stadt-Prosperität. Sie beamen sich in die Galaxien eines neuen Metro-Wohlstandes, den nie ein Mensch zuvor gesehen hat. Wir befürchten, dass aus Visionen Illusionen werden und dass die Fusion zu einer Bruchlandung in den tiefroten Zahlen führt.

Nüchterne Basler und Baselbieter sehen ein endloses Gezänk um die Egalisierung unserer nicht kompatiblen Kantonsverfassungen, um Entschädigungen für «überzählige» Staatsbeamte, ein Tauziehen um die Liquidation von «doppelten» Verwaltungen, Schulsystemen, Steuerreglementen, Gerichtsbehörden und Verkehrsbetrieben. Vielleicht tröstet man das Volk von einem Jahr aufs andere: Hab Geduld, liebe Leute, es wird schon werden, wir verbrauchen nur noch ein paar Millionen mehr – im Zweitausendweissnichtwieviel ist es sicher so weit! Doch dann kann man wohl niemanden mehr von den heute eine «schlanke» Entsorgung des selbstständigen Baselbiets versprechenden Initianten für Zeit- und Budgetüberschreitungen verantwortlich machen.

Die Fusionierer der ersten Stunde werden längst das Zeitliche gesegnet haben – die verschwundenen Steuergelder jedoch sind ein für alle Mal futsch. Verzeihen wir auf die unnötige Übung! Freuen wir uns gemeinsam über eine neue regionale Zusammenarbeit auf absolut gleichberechtigter Basis: So geht es besser!

Hans A. Jenny (82) ist Gründungspräsident des Komitees Selbstständiges Baselbiet.